



Jahrbuch für Solothurnische Geschichte

Band 91
2018

Herausgegeben vom
Historischen Verein des Kantons Solothurn

Ein «Damm gegenüber der Politik der Strasse»

Casimir von Arx und die Debatte über den
Generalstreik im Solothurner Kantonsrat

Verena Schmid Bagdasarjanz



Abbildung 1:
Casimir von Arx, 1917
(Stadtarchiv Olten).

Der Oltner Casimir von Arx (1852–1931), Kantonsrat, Ständerat und Stadtammann von Olten, war einer der einflussreichen Gestalter einer modernen Schweiz. Im Kanton Solothurn spielte er während der Bankkrise 1887 und beim anschliessenden Aufbau der Solothurner Kantonalbank eine bedeutende Rolle. Auf nationaler Ebene wurde er 1900 zum ersten Verwaltungsratspräsidenten der SBB berufen, nachdem er bei der Verstaatlichung der Bahnen entscheidend mitgewirkt hatte. Der Generalstreik, an dem sich schliesslich auch die Eisenbahner beteiligten, muss für ihn ein ärgerliches, letztlich unverständliches, aber auch bedrohliches Ereignis dargestellt haben, das er lieber vergessen wollte. In seinen Memoiren erwähnt er diese Tage der Eskalation jedenfalls mit keinem Wort. Die Autorin arbeitet gegenwärtig zusammen mit Marc Hofer, Stadtarchivar Olten, an einer Biographie über Casimir von Arx.

Einleitung

Als sich vom 9. bis 14. November 1918 in der Schweiz der Generalstreik ereignete und der Erste Weltkrieg mit dem Waffenstillstand von Compiègne am 11. November gerade geendet hatte, war Casimir von Arx bereits ein *elder statesman*. Er hatte zwei Wochen vor diesen Ereignissen seinen 66. Geburtstag gefeiert, hatte schon viele politische Schlachten geschlagen, manchen Erfolg verbucht und manche Niederlage eingesteckt. In der Debatte über den Generalstreik im Solothurnischen Kantonsrat im Januar 1919 knüpfte er selber an der Tatsache an, dass er als «eines der ältesten Mitglieder des Rates hier einige Betrachtungen anbringe».¹

Dass der Gegenstand im Kantonsrat zur Sprache kam, hatte eine Vorgeschichte: Das waren nicht allein die Streikereignisse in Olten, Solothurn und Grenchen, der Anlass war vielmehr die von den sogenannten «Vaterländischen Vereinigungen» aufgestellten Bürgerwehren, die bewaffnet auftraten. Dies hatte den Sozialdemokraten Max Rüdt und seine Partei veranlasst, am 7. Januar 1919 eine Interpellation einzureichen. Doch die bürgerliche Seite wollte dieses Thema offenbar nicht der Linken überlassen und zog ihrerseits gleichentags mit sogar zwei Interpellationen nach, einer vom Konservativen Oltner Otto Walter² und einer weiteren des Grenchner Freisinnigen Hermann Obrecht.³

Kluft zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokratie

Auch damals, im Kantonsrat, wurde der Streitpunkt, ob der Generalstreik ein versuchter revolutionärer Umsturz gewesen sei oder nicht, eingehend erörtert. Die bürgerliche Seite führte diese Behauptung ins Feld, um den Einsatz der Armee oder gar der Bürgerwehren gegen diesen Angriff auf die staatliche – immerhin demokratisch legitimierte – Organisation und Ordnung zu rechtfertigen. Die Linke versuchte, den Streik für ihren politischen Aufstieg zu nutzen. Diffamierungen und Polemik auf beiden Seiten. In dieser konfrontativen Stimmung, die zur Eskalation eines mehrtätigen landesweiten Streiks

1 StA Olten, Verhandlungen des Kantonsrates von Solothurn, 16.01.1919, S. 235.

2 Der Katholisch-Konservative Otto Walter (1889–1944) erwarb 1915 die Druckerei der konservativen «Oltner Nachrichten» und gründete 1916 den Walter Verlag als geistiges Bollwerk des Katholizismus. 1917–1937 war er konservativer Kantonsrat, 1925–1939 Nationalrat (Historisches Lexikon der Schweiz (<http://www.hls-dhs-dss.ch>), Stichwort «Otto Walter»).

3 Der Freisinnige Hermann Obrecht (1882–1940) war von 1909–1917 Regierungsrat (Finanz- und Militärdepartement), 1917–1933 Kantonsrat, 1917–1928 Nationalrat. Er war Mitglied in Verwaltungsräten, u.a. der Metallwerke Dornach, der Solothurner Kantonalbank und des Schweizerischen Bankvereins, umstritten war seine Rolle als Verwaltungsratspräsident der Waffenfabrik Solothurn AG mit deutscher Mehrheitsbeteiligung. 1935 wurde er mit Unterstützung der Katholisch-Konservativen (Heinrich Walther) und der BGB (Rudolf Minger) in den Bundesrat gewählt (HLS, Stichwort «Hermann Obrecht»).

geführt hatte, interessiert die Frage, wie Casimir von Arx, als Bürgerlicher, als Vertreter von Wirtschaft und Finanzen, aufgetreten ist. Gehörte er zu den Stimmungsmachern, die den Konflikt zusätzlich anheizten, oder versuchte er, zu mässigen?

Bemerkenswerterweise hatte er die Interpellation seines Parteikollegen Hermann Obrecht nicht mitunterzeichnet. Zufall oder Absicht, das wissen wir nicht. Er äusserte sich jedenfalls nicht an vorderster Front, sondern erst nach einer ganzen Reihe von Vorrednern.

Am 15. Januar 1919 waren die Begründungen der drei Interpellationen traktandiert. Zuerst kam diejenige von «Rüdt und Genossen», die den Regierungsrat nach den im Kantonsgebiet aufgestellten und mit Munition ausgerüsteten Bürgerwehren fragte und nach den gesetzlichen Grundlagen für solche Aktionen. An zweiter Stelle behandelt wurde die «Interpellation Walter und Konsorten», worin der Regierungsrat nach Massnahmen gefragt wurde, um in Zukunft bei einem ähnlichen Ereignis Arbeitswillige zu schützen. Zuletzt behandelt wurde die «Interpellation Obrecht und Konsorten», die den Regierungsrat fragten, «auf welche Ursachen er die Erscheinung zurückführt, dass der Landesstreik vom 12. bis 14. November 1918 in Grenchen und Solothurn revolutionäre Formen angenommen hat, wie sie im ganzen Schweizerlande nirgends vorgekommen sind». Weiter wollten die Interpellanten wissen, ob der Regierungsrat Vorsorge getroffen habe, «um im Falle einer Wiederholung solcher Massenaktionen die Pressfreiheit und die Arbeitswilligkeit zu schützen und Auswüchsen und Entgleisungen zuvorkommen, wie sie beim Landesstreik letzten Endes zu blutigen Opfern geführt und Grenchen und Solothurn als Industrieorte in Verruf gebracht haben».⁴

Die Begründungen der drei Interpellanten und die anschliessende Debatte führen anschaulich vor Augen, wie aufgewühlt die Stimmung auch im Kanton Solothurn war und wie unversöhnlich sich die politischen Kontrahenten gegenüberstanden.

Der Sozialdemokrat und Redaktor Max Rüdt sprach von der Kluft zwischen der «bürgerlichen Partei und der Sozialdemokratie», welche «ihre Tore geöffnet [habe] bei Ausbruch des Krieges, damals, als die heissen Wünsche des Bürgertums in Erfüllung gingen, als der Krieg ausbrach (Protestrufe rechts und in der Mitte)». Er schildert Vorkommnisse mit Bürgerwehren und fragt, ob solche mit den Grundsätzen eines Rechtsstaates vereinbar seien. Er bedient sich grosszügig des klassenkämpferischen Vokabulars, was der Gegenseite

4 a.a.O., S. 165, 169 und 173.

willkommene Vorlage für Protestrufe liefert. Die Bürgerwehren, so Rüdt, sollten «den Zweck haben, das Kapital zu bewachen und jede soziale Forderung der Arbeiterschaft mit dem Knüppel niederzuschlagen (Pfui-Rufe)», hält das Protokoll fest.⁵

Der zweite Interpellant, der Katholisch-Konservative Otto Walter, tritt nicht weniger polemisch auf. Er prangert die seiner Ansicht nach umstürzlerischen Absichten der Streikenden an, «die vor Gericht erklärt haben, im Moment, da der Generalstreik ausgesprochen war, hätten sie keine andere Gewalt anerkannt, als die des Oltner Aktionskomitees». Da sei es «verdammte Pflicht und Schuldigkeit des Staates» gewesen, «dass er eingriff mit der Truppe, der Armee; es wäre dies Pflicht und Schuldigkeit des Staates auch jedem andern Putschversuch gegenüber gewesen, wäre er etwa von der Bauernschaft ausgegangen oder meinetwegen auch von einer Unternehmer-Organisation».⁶

Da tritt der dritte Interpellant, Hermann Obrecht, freisinniger Nationalrat, früherer Regierungsrat und späterer Bundesrat, schon staatsmännischer auf. Er berichtet von einem Gespräch mit einem Bundesrat, der ihn gefragt habe, wie er die Lage einschätze, worauf er, Obrecht, seiner Meinung Ausdruck gegeben habe, dass es bei der Sozialdemokratie zwar «extreme Elemente» gebe, er aber glaube, dass jetzt, in dem wiedergewonnenen Frieden, keinem der Sinn nach «umstürzlerischen Unternehmungen» stehe. Dass dies dann doch eingetreten sei, habe ihn überrascht und es sei ihm schmerzlich, «an diese Entgleisungen eines Teils unserer Bevölkerung zu glauben. Denn als Entgleisung betrachtete ich einen revolutionären Generalstreik in unserem freiheitlichen Lande vom ersten Moment an, und er hat sich auch tatsächlich als solche herausgestellt». Obrecht liefert eine anschauliche Schilderung des Streikhergangs in Solothurn und Grenchen und beschreibt den Armeeinsatz in Grenchen, der drei Todesopfer gefordert hatte. Dazu sei es jedoch nicht wegen des Militärs gekommen, sondern gerade deswegen, weil das Militär zu spät eingetroffen sei, um die Ordnung sicherzustellen.⁷

«Fällt mir nicht im Traume ein, den Militarismus zu verteidigen»

Am folgenden Tag dann waltete nach der ausführlichen Antwort der Regierung die lange Diskussion, das Protokoll erstreckt sich über mehr als 100 Druckseiten.⁸ Da äusserte sich auch Casimir von Arx, angesichts der flam-

5 a.a.O., S. 165–169.

6 a.a.O., S. 169–172.

7 a.a.O., S. 173–187.

8 a.a.O., S. 165–267.

menden Ansprachen seiner Vorredner eher nüchtern, wenig polemisierend und vergleichsweise kurz. Zu den Vorkommnissen bei den SBB und zum Eisenbahnerstreik wolle er sich nicht äussern, weil die Angelegenheit «vor den Kriegsgerichten noch anhängig» sei und auch die «Ergebnisse der Administrativ-Untersuchung nicht vollständig vorliegen» würden.⁹

Sein Votum – das darf als erstes Indiz für seine eher mässigende Haltung ausgelegt werden – ist keine Brandrede um ihrer selbst willen, sondern weitgehend eine Replik auf das, was andere gesagt haben. Im Gegensatz zu anderen Rednern nimmt er die von der Gegenseite vorgebrachten Argumente auf. Nicht um ihnen zuzustimmen, das nicht, sondern um seine eigene Position, sein Weltbild, einmal mehr deutlich zu machen.

Es seien ihm, so Casimir von Arx, in den Voten, «welche von den Herren der äussersten Linken» vorgebracht worden seien, «hauptsächlich zwei Dinge aufgefallen: erstens einmal der Hass und die Gereiztheit, welche gegenüber unsern militärischen Einrichtungen besteht, und in zweiter Linie, die immer wiederkehrende Behauptung, die bürgerlichen Kreise hätten kein Verständnis für die Not und Verelendung der Arbeiterklasse, und aus dieser Erkenntnis heraus trete die Selbsthilfe in ihr Recht und daraus sei eigentlich der November-Streik entstanden. Mir scheint, zu keiner Zeit sei diese Mentalität und seien diese Vorwürfe unangebracht gewesen als gerade im gegenwärtigen Moment». Beim ersten Thema, dem Militär, bezieht er sich auf das flammende Votum des jungen Sozialdemokraten Walter Heiniger anlässlich der Budgetdebatte eine Woche zuvor. Heiniger hatte die Militärausgaben des Kantons Solothurn an den Bund und die Armee insgesamt gegeisselt.¹⁰

«Was die Zustände im Militär anbelangt, so wurde uns namentlich am letzten Donnerstag schon vorgeführt, welch furchtbares Elend und welcher unsägliche Jammer der Militarismus über die Welt hereingebracht habe. Es fällt mir nicht im Traume ein, den Militarismus, wie er sich in den letzten Jahrzehnten in Europa entwickelt hat, etwa zu verteidigen. Allein, mir scheint, dass alle die Anklagen, die gegen denselben erhoben worden sind, auf unsere Verhältnisse passen wie eine Faust aufs Auge.»

Die Schweizer Armee sei keine Angriffsarmee, sie habe «einzig den Zweck, zu verhüten, dass die innere und äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft ge-

9 a.a.O., S. 235–240.

10 Bei der Behandlung des Voranschlags zur Staatsrechnung (Militärausgaben) war es bereits zu einer Diskussion über die Bürgerwehren gekommen, a.a.O., 09.01.1919, S. 83ff.

fährdet werde». Dass die Schweiz von der Verwicklung in den Krieg verschont geblieben sei, verdanke sie auch der Armee und dem Umstand, dass man im Ausland die Kriegsbereitschaft der Schweiz als eine hohe eingeschätzt habe. Das von der Linken vorgebrachte Argument, die Arbeiterschaft habe ohnehin nichts zu verlieren, sei falsch.

«Die Herren der äussersten Linken, die wissen übrigens ganz genau, dass der militärische Landesschutz auch ihnen zugute gekommen ist [...]. Ihr Hass und ihre Gereiztheit gegen das Militär ist der Erfahrung entsprungen, dass dasselbe einen unüberwindlichen Damm gegenüber der Politik der Strasse und gegen gesetzwidrige Ausschreitungen gewisser Leute bildet. [...] Ich wiederhole mit Regierungsrat Schöpfer: Wer bei uns in unserer Demokratie, mit unsern politischen Einrichtungen oder mit unsern wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zufrieden ist, dem sind die Wege gewiesen, wie er bessere Zustände herbeiführen kann. Er braucht nur die Mehrheit des Landes hinter sich zu haben. Aber niemals wird sich die Mehrheit durch den Terror und die Machtgelüste einer Minderheit an die Wand drücken lassen. (Beifall).»

Wie es «ohne Militär, ohne Disziplin und Manneszucht in einem Staate» aussehe, könne man nebst Russland jetzt auch in Deutschland sehen:

«In Berlin sind seit Wochen Totschlag und Mord an der Tagesordnung; alle Begriffe von Ordnung und Gesetzlichkeit sind ausser Rand und Band. Dabei stehen die Geschäfte still, überall ist Mangel an Arbeit wegen des mangelnden Vertrauens und Mangel an Verdienst (Zuruf Schmid: Wegen des Mangels an Rohstoffen!). Auch dies ist dabei; ich gebe das zu.»

Deutschland sei «nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich zur Ohnmacht und zum Zerfall verurteilt». «So sieht es aus, wo keine geordneten Zustände vorhanden sind. Übrigens wird auch in Deutschland – daran zweifle ich nicht, – der gesunde Menschenverstand wieder obenauf kommen, und auch in Deutschland wird die Ordnung wieder die Herrschaft gewinnen».

Casimir von Arx quittiert Zwischenrufe, indem er sie aufnimmt und nicht einfach abschmettert.

Das Militär sieht er als Garant einer demokratisch legitimierten Ordnung, die alle schützt, als «Damm gegenüber der Politik der Strasse und gegen gesetzwidrige Ausschreitungen gewisser Leute». Er verweist hinsichtlich politischer Änderungswünsche auf den demokratischen, politischen Weg.

Evolution oder Revolution

Die Ausführungen über das Militär sind ihm allerdings auch Einleitung und Vorspiel zum Hauptthema des sozialdemokratischen Vorstosses, das ja Anlass zur ganzen Debatte gewesen war, der Frage nach den Bürgerwehren. Das Militär, so Casimir von Arx, könne nun aber «nicht wegen jedem lokalen Rummel übermütiger junger Burschen oder sonstiger unruhiger Elemente sofort und zu jeder Zeit zur Hand sein». Polizisten gebe es auch nicht immer genug, besonders wenn sich diese, wie zeitweise in Olten, «mit Stumpf und Stiel der Arbeitergewerkschaft verschrieben» hätten. «Darum wurden, gerade wegen diesen Mängeln, die vaterländischen Vereine gegründet.»

Nach diesen wenigen Sätzen spricht er Jacques Schmid¹¹ direkt an:

«Herr Schmid hat im Kantonsrat schon mehrmals jede Gemeinschaft mit dem Bolschewismus abgelehnt, aber doch gleichzeitig sein Gebaren zu entschuldigen gesucht. Aber ich bin der Ansicht, Herr Schmid müsse endlich einmal Farbe bekennen.»

Den Ausdruck «Bürgerwehren» verwendet er nicht. Er vermeidet es, sie direkt zu verteidigen, stellt sich aber auch nicht gegen sie. Angesichts der sonst direkten und offenen Argumentationsweise Casimir von Arx' erscheint diese Stellungnahme etwas lau und dürftig. Es dürfte ihm bewusst gewesen sein, dass die Versorgung mit Waffen aus den Zeughäusern von selbst ernannten und damit eben gerade nicht demokratisch legitimierten Gruppen dem Rechtsstaat genauso widersprach wie der Generalstreik selbst. Die Linke hatte mit ihrer Frage einen wunden Punkt getroffen.

Mit dem milden, aber doch vom Sachargument ablenkenden Angriff auf den Gewerkschaftsführer Jacques Schmid entlarvt Casimir von Arx selber die Schwäche seiner Verteidigung. Er versucht, dem Thema eine komödiantische Note zu geben und sagt, weiter an Jacques Schmid gewandt:

«Entweder ist er für die Evolution oder er ist für die Revolution. (Antwort Schmid: «Je nachdem!» Grosse Heiterkeit und Händeklatschen.) Es geht einfach nicht an, Herr Schmid, Tag für Tag von der Evolution zu sprechen, aber gleichzeitig in Ihrer Zeitung und in den Versammlungen den Teufel an die Wand zu malen, um die

11 Jacques Schmid (1882–1960), Buchdrucker aus dem Kanton Zürich, war von 1910 an Redaktor beim Zürcher «Volksrecht», 1911–1931 bei der «Neuen Freien Zeitung» in Olten. 1912–1936 stand er der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn vor, die er entscheidend prägte. 1912–1930 war er Kantonsrat, 1917–1955 Nationalrat, 1931–1949 Regierungsrat (Finanzen) (HLS, Stichwort «Jacques Schmid»).

Revolution zu predigen. Entweder – oder! Herr Schmid wird sich für das Eine oder das Andere entschliessen müssen, oder dann wird man ihn nicht mehr ernst nehmen. (Zuruf Schmid: «Je nach Ihrem Verhalten!») Das ist sehr kommod, Herr Schmid!»

Das aber war nicht die beste Vorstellung.

Nach unten entlastet, nach oben belastet

Zur Hochform läuft Casimir von Arx bei seinem nächsten Thema auf. Man werfe der bürgerlichen Seite vor, die Not der ärmeren Bevölkerung missachtet zu haben und es werde «behauptet, die Bürgerlichen seien jeden Opfers und jeden Entgegenkommens gegenüber den Arbeitern unfähig. Ist das wirklich wahr? Ich behaupte das Gegenteil! Zu keiner Zeit unserer Geschichte waren die bürgerlichen Parteien in so grosszügiger Weise zu Hilfeleistungen an die Bedrängten und wirtschaftlich Schwachen bereit, wie dies gegenwärtig der Fall ist».

Er erwähnt die Notstandsaktionen während des Krieges und – Bezug nehmend auf den Vorredner Walter Heiniger über den rückständigen Ständerat – die vom Ständerat zuhanden des Nationalrats verabschiedete Vorlage, wonach die Kriegsschulden von den Besitzenden zu tragen seien. Er rechnet vor, dass weniger Verdienende und weniger Vermögende «an die Abtragungen der finanziellen Folgen des Krieges keinen einzigen Rappen» zu zahlen hätten. Er kontert den Vorwurf, «auch bei den Teuerungszulagen sei der Ständerat störrig gewesen. Das Gegenteil ist der Fall!» Er rechnet vor, wie hoch die Ausgaben für den Bund und die Bundesbetriebe seien. Er rechnet vor, wie viel mehr Angestellte der Bundesbahnen auf verschiedenen Gehaltsstufen neuerdings verdienen. Er liefert ein Beispiel:

«Ein gewöhnlicher Tagelöhner bei den Bundesbahnen mit einem frühern Taggeld von Fr. 6 und 300 Arbeitsstunden, mit Frau und vier Kindern, der wird nun pro 1919 erhalten: $300 \times 6 = \text{Fr. } 1800$, dazu eine Grundteuerungszulage von Fr. 1500, ferner eine Familienzulage von Fr. 250, und endlich für seine 4 Kinder eine Kinderzulage von Fr. 180 pro Kind oder zusammen Fr. 720. Es kommt also im Ganzen der gewöhnliche Tagelöhner auf Fr. 4270; ein Mann ohne irgend welche Vorbildung, der wird also wesentlich höher kommen unter diesen Voraussetzungen als noch vor zwei Jahren ein Regierungsrat des Kantons Solothurn.»

Er bringt Zahlen und Fakten. Da werde man doch «sagen müssen, dass der Ständerat, der alle diese Anträge an den Nationalrat weitergeleitet hat, ein hohes Verständnis für die Arbeiterschaft bekundete, und dass er deshalb nicht Tadel, sondern Lob und Anerkennung verdient».

Tatsächlich hat Casimir von Arx im Ständerat nicht erst nach dem Generalstreik, sondern schon vorher bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt, dass er soziale Anliegen ernst nahm. Er sieht an erster Stelle zwar immer das übergeordnet Wirtschaftliche und Politische, aber nie ausschliesslich. Als im April 1915 im Ständerat die Kriegssteuer behandelt wird, stellt er einerseits fest, dass «ein grosser Teil unseres wirtschaftlichen Lebens [...] immobilisiert oder geradezu unterbunden» sei und findet, dass die «gegenwärtige Lage [...] fast auf allen Schweizerbürgern» lastet, «namentlich auch auf dem Kapitalisten, dessen Anlagen nach den verschiedensten Richtungen von schweren Schädigungen bedroht sind». Aber andererseits: «Uebrigens ist dann doch darauf hinzuweisen, dass wir ja bestrebt sind, bei dem vorliegenden Entwurf für eine einmalige Einkommens- und Vermögenssteuer nach unten möglichst zu entlasten und nach oben zu belasten».¹²

Auch 1917, als es im Ständerat um die Posttaxen geht, ist Casimir von Arx für eine Erhöhung, obwohl er «persönlich schwer davon getroffen» sein werde. Bei dieser Diskussion geht es auch wiederum um die Kriegssteuer und er spricht sich für eine nochmalige Erhebung aus: «Aber ich finde gleichwohl, es sei eine ideale Steuer, und zwar deshalb, weil sie nur die Steuerpflichtigen mit grossem Vermögen und grossem Einkommen belastet...»¹³

Im März 1918 doppelt er bei der Frage, ob neuerlich eine Kriegssteuer erhoben werden oder die direkte Bundessteuer favorisiert werden soll, nach: Direkte und indirekte Steuern seien nötig, er ist der Ansicht, «dass aber der grössere Teil dieser neuen Auflagen von der besitzenden Klasse und den grossen Einkommen getragen werden muss». Und: «Die Kriegssteuer wird nur von den Besitzenden erhoben und belastet dieselben viel mehr als die Bundessteuer, die sich in mässigen Grenzen halten müsste.»¹⁴

Und im Dezember 1918 schliesslich stimmt er mit der Kommissionsmehrheit für die Teuerungszulagen und für Überweisung der Vorlage an den Nationalrat. Der Krieg sei nun doch schneller beendet worden, als einmal erwartet und die Finanzlage des Bundes daher übersichtlicher. Er stellt sich nicht

12 BAR, Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Ständerat, Kriegssteuer per Verfassungsrevision, 07.04.1915, S. 18.

13 a.a.O., Ständerat, Änderung des Postgesetzes, Taxerhöhungen, 11.12.1917, S. 246

14 a.a.O., Ständerat, Postulat Ullmann, Direkte Bundessteuer, 25.03.1918, S. 62f.

gegen soziale Reformen, aber die Frage der Finanzierbarkeit steht für ihn im Zentrum:

«Aber auch nach einer andern Richtung sind wir dermalen in eine andere Lage versetzt. Von allen Seiten und von allen Parteien werden dem staatlichen Leben neue Bahnen empfohlen. Alles ruft nach sozialen Reformen und mit- und durcheinander werden Forderungen aufgestellt, von denen jede einzelne noch vor kurzer Zeit langjähriger Erdauerung und sogar schweren politischen Kämpfen gerufen hätte. Wo wir die Mittel hernehmen sollen, um auch nur einen kleinen Teil dieser Forderungen zu realisieren, darüber schweigt man sich vorsichtig aus.»¹⁵

Sich gegenseitig verständigen und ergänzen

Doch zurück in den Solothurner Kantonsrat und zur Debatte über den Generalstreik im Januar 1919. Casimir von Arx wendet sich nun seinem letzten Thema, der von der Linken behaupteten Verelendung zu und wiederum spricht er Jacques Schmid an. Ob das die Oltner Connection war oder ob er einfach vorzugsweise mit politischen Schergewichten die Klingen kreuzen wollte? Vielleicht trifft beides zu. Casimir von Arx:

«Nun spricht Herr Schmid so gerne von der zunehmenden Verelendung der arbeitenden Klasse in unserem Kanton.» Er, Casimir von Arx, habe das Elend früherer Zeiten gesehen. «Diese Zustände besserten sich erst, als eine ganze Anzahl unternehmender, junger Männer in verschiedenen Teilen des Kantons Industrien einführten und Verdienst brachten. Viele sind dabei untergegangen. Andere haben allerdings Erfolg gehabt und haben unsere hauptsächlichsten Industrien zu der prächtigen Entfaltung gebracht, deren wir uns heute erfreuen.» Heute sei in vielen Ortschaften «ein solider Wohlstand zu Hause».

Dies sei nur dank privater Betätigung zustande gekommen. Auch der Staat sei bedeutend als Unternehmer, aber nicht in allen Bereichen. Es brauche eben beides. Er zitiert Hermann Greulich («Papa Greulich»), einen der Gründer der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, der selber zugegeben habe, dass «man die Tatkraft, die Energie und den Wagemut der Privaten nötig [habe], wenn man überhaupt vorwärts kommen wolle. Das ist heute noch so. Darum liegt das Heil der Zukunft nicht darin, dass wir uns gegenseitig die Freude an der Arbeit verärgern und vergällen, sondern es liegt darin, – das hat übrigens

15 a.a.O., Ständerat, Wiederholung Kriegssteuer, 17.12.1918, S. 264.

Herr Schmid in der Donnerstags-Sitzung auch zugegeben, – dass wir uns gegenseitig verständigen und uns gegenseitig ergänzen, dass allerdings der Arbeitgeber den Arbeitnehmer anständig behandle und so entlöhne, dass er für sich und seine Familie ein genügendes Auskommen findet».

Und Casimir von Arx endet mit einem Appell, der dazu angetan ist, mit Beifall quittiert zu werden, was auch in offenbar grossem Stil geschah. Er findet, «dass ein jeder an seinem Orte nach Massgabe seiner Kräfte und seiner Talente schlicht und recht, aber voll und ganz und in allen Lagen seine Pflicht erfülle (Grosser Beifall)». Die sei die «erste Bedingung des wirtschaftlichen, allgemeinen Fortkommens» und dann «werden wir nach meiner Überzeugung, trotz der momentanen Schwierigkeiten, einer guten und glücklichen Zukunft entgegen gehen. (Sehr grosser Beifall)».

Ein jeder an seinem Orte

So endet Casimir von Arx sein Votum mit seinem Grundcredo und seinem Optimismus: Ein jeder an seinem Ort. Wer etwas verändern wolle, dem stünden die demokratischen Mittel zur Verfügung, Mehrheiten zu suchen. Die Schweizer Armee sei keine Willkür- und Angriffsarmee, sondern Sorge im Dienst des demokratischen Rechtsstaates für Ordnung und Sicherheit, die allen nütze, gerade auch den ärmeren Bevölkerungsschichten. Er vergleicht das Elend früherer Jahrzehnte mit der heutigen Situation und ist überzeugt, dass die Grundlage für diesen relativen Wohlstand dank dem Mut und der Risikobereitschaft unternehmerisch denkender und handelnder Kräfte geschaffen worden sei.

Er steht dafür, dass Arbeiter anständig behandelt und angemessen entlohnt werden, er hat sich dafür eingesetzt, dass die mehrmals erhobene Kriegssteuer von den Bessergestellten berappt werde, er war für den Teuerungsausgleich und andere Massnahmen, welche die Lasten der Kriegszeit mildern sollten. Aber er hatte immer das Ganze im Blick, insbesondere die Finanzierbarkeit sozialer Reformen, und da stellte er nicht einfach Behauptungen auf, sondern brillierte mit Dossierfestigkeit, konnte Zahlen nennen und Kosten vorrechnen. Zumindest hier, im Kantonsrat, ist Casimir von Arx mässigend, auch verständnisvoll, gleichwohl aber unnachgiebig aufgetreten.

Bibliografie

BAR (Amtliches Bulletin der Bundesversammlung).

Olten, StA (Verhandlungen des Kantonsrates von Solothurn):
Verhandlungen des Kantonsrates von Solothurn.